



Ein Blick aufs Establishment – mit Respektabstand. Die Abkapselung der Elite fördert die Entfremdung.

[AFP]

Der Populismus und seine vielen Wurzeln

Gastkommentar. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten haben sich immer mehr von der eigenen Bevölkerung entfremdet.

VON NIKOLAUS LEHNER

Oft wird eine politische Richtung oder Forderung als populistisch/polemisch bezeichnet, nur weil sie im Widerspruch zum eigenen Gedankengut steht. In Wahrheit aber geht es um ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie.

Der Begriff Populismus ist klischeehaft und derzeit sehr trendig – ob es sich nun um Rechtspopulismus oder Linkspopulismus handelt. Immer dann, wenn es einem Teil der Bevölkerung gerade nicht passt, wird etwas als populistisch gebrandmarkt.

Bisher verstand man unter Eliten einen Personenkreis, der sich durch Herkunft und Bildungsgrad auszeichnet oder der sich um ein Machtzentrum herum formiert. Besser wäre es, wenn das Kriterium für einen Eliteangehörigen die eigene Leistung auf der Grundlage von Werten und der Vertrauenswürdigkeit einer Person wäre. Elite, das heißt wortwörtlich Auslese.

Darin steckt das lateinische Verb „legere“, im Deutschen „lesen“. Aus dem legere wurde ein eligere, herauslesen, herausnehmen – und das in doppelt gegensätzlicher Bedeutung. Zum einen das radikale Ausreißen, wenn ein Landwirt das Unkraut entfernt; zum anderen, im übertragenen Sinn, das kritische Auswählen.

Kein kritisches Hinterfragen

Establishment bezeichnet eine politische, wirtschaftlich und gesellschaftlich einflussreiche Milieugruppierung oder Klasse, eine etablierte Elite. Es geht ihr um die Festigung ihrer Macht und um Unterdrückung der nicht privilegierten Schichten. Andere Ausdrücke für diese Gruppe sind High Society, Jetset, Oberschicht, Schickeria, Hautevolee.

Die politischen Eliten links wie rechts haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges viel zu einseitig zu unkritisch zu Globalisierungsbefürwortern entwickelt. Viel zu wenig wurden der Freihandel, die

europäische Integration und die Zuwanderung hinterfragt. Personen, die Kritik übten, wurden als Rassisten abgekanzelt, während die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten von großen Teilen der eigenen Bevölkerung entfremdet haben.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der einzelnen Nationalstaaten Europas will ihre Souveränität nicht an Brüssel abgeben. Sie schätzt ihre nationale Kultur viel zu sehr, und von Brüssel wird dies viel zu wenig gewürdigt. In Europa sind die Problembereiche Migration und Integration zu stark emotional aufgeladen und werden deshalb so einseitig betrachtet. So empfinden Migrationsforscher den Multikulturalismus als die große Lösung. Multikulturalismus als politisches Konzept aber führt zu Parallelgesellschaften.

Die „Rechte“ glorifiziert die nationale Volksgemeinschaft, die „Linke“ betont das Antinationale und den Wert der Diversität. Die Behauptung der Linken, >

dass sie sich intensiv um Chancengleichheit bemüht, ist strittig. So werden die einen zu Landesverrätern stilisiert und die anderen zu Neo-Nationalsozialisten – tatsächlich geht es aber immer um Eigeninteressen und nicht um wahre Werte.

Das Burkaverbot lässt sich mit dem Verbot im Orient, mit kurzer Hose und T-Shirt eine Moschee zu betreten, vergleichen. Nicht jeder, der ein Burkaverbot begrüßt, ist ein Verfassungsfeind und ein Gegner von Menschenrechten. Das Verbot ist eine legitime politische Forderung, basierend auf demokratischen Grundlagen.

In einem liberalen Rechtsstaat dürfte es nur ein Teil-Burka-Verbot geben. In einem Prozess in Großbritannien beispielsweise hat die Burkaträgerin ihren Arbeitgeber wegen des Kleiderverbots verklagt. In den Niederlanden hatte eine Klage Erfolg, weil das Gericht festgestellt hat, dass die Sozialhilfe zu Unrecht gekürzt wurde. Meiner Meinung nach kann eine Frau sehr wohl Burka tragen, sie müsste dann allerdings auf die Sozialhilfe (freiwillig) verzichten.

Versagen der Innenpolitik

Eine gerichtliche Verurteilung eines Arbeitgebers wegen religiöser Diskriminierung ist problematisch. Im ORF zeigte Hanno Settele in einer Sendung auf, wie die österreichische Innenpolitik in der Integrationsfrage seit vielen Jahren versagt hat, weil sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollte, dass diese Frage zu einer großen Herausforderung werden wird.

Muslimische Schüler glauben beispielsweise, der Holocaust sei eine Erfindung oder eine Ablenkung von den Verbrechen Israels an den Palästinensern. Es ist daher dringend geboten, eine Form der Abgrenzung zu diskutieren und Anpassungserfordernisse zu formulieren, die Nationalstaaten gegenüber Migranten stellen sollen.

Zugeständnisse an Kulturen, Religionen muss es aber geben. Wenn etwa in einem mitteleuropäischen Staat die Geburt Mohameds gefeiert wird wie bei uns

DER AUTOR



Prof. Dr. Nikolaus Lehner (* 1939 in

Wien) studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Er war 40 Jahre lang Rechtsanwalt in Wien, spezialisiert auf Kunst, Kultur und Patentschutz. 2008 wurde ihm für seine Verdienste um die Republik Österreich der Berufstitel Professor verliehen.

[Private]

Ostern, dann soll das möglich sein. Wenn man das bekämpft, wird der Stellenwert eines gebildeten Menschen untergraben. Oder man ist als Christ durch die beklagenswerte Kirchenpolitik schon so verunsichert, dass man Angst vor dem Islam hat.

Eine Reform von innen

Niemand aber ist ein Landesverräter, der darüber diskutieren will, inwieweit eine Mehrheitskultur eine fremde Kultur dominiert.

Die Frage stellt sich, welchen Islam man staatlich anerkennen soll. Es geht um die Deutungshoheit des Islam, der sich ja selbst auch durch den Einfluss der alten europäischen Kultur verändert.

Auch in der islamischen Welt gibt es Krisen, diese strahlen nach Europa aus. Solange die Moslems die Juden, den Westen und den Kolonialismus aber grundsätzlich als Feinde betrachten, wird sich nichts zum Besseren ändern. Meines Erachtens muss das Bewusstsein wachsen, sich selbst und die eigene Kultur von innen heraus zu reformieren.

Unbestritten ist, dass der Rechtspopulismus seit längerem dominiert. Ich bin überzeugt, dass nicht allein die Flüchtlingskrise dafür verantwortlich ist. Am Beginn der Willkommenskultur im Sommer 2015 überwog die euphorische Stimmung und machte starke Energien in der Zivilgesellschaft frei. In der Folge wurde die Enttäuschung immer größer, dass man sich von dieser Energie so stark hatte beeinflussen lassen.

Alternative zu Schwarz/Weiß

Die Flüchtlingsproblematik wurde denen überlassen, die nur Schwarz und Weiß kennen. Es stellt sich aber die Frage, ob es eine Alternative zu diesem Schwarz/Weiß-Denken gibt. Populismus und Rechtsradikalismus kann man nicht verhindern, indem man ihn kopiert oder ihm demagogisch recht gibt. Die Willkommensentscheidungen haben in der Folge die Political Correctness als Identitätspolitik kritisiert.

Der damalige Nationalismus beispielsweise in Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei ist vergleichbar mit den widerstrebenden Tendenzen und Strömungen in der EU; sei es in Frankreich oder Italien; sei es das nicht Akzeptierenwollen einer neuerlichen Hegemonierolle Deutschlands in Europa; seien es die wirtschaftlich schwachen Staaten Spanien, Portugal. Und gar nicht zu reden von der viel zu früh erfolgten Aufnahme einiger Staaten wie etwa Bulgariens und Rumäniens.

E-Mails an: debatte@diepresse.com